Senatorin für Kinder und Bildung **14.02.2017**
Felix Albrecht (32-11)

Ergebnisprotokoll

Sitzung des Ausschusses „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung

20.01.2017 09:00 – 12:00 Uhr

TeilnehmerInnen:

Siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Beschluss der Tagesordnung
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 30.11.2016
TOP 3	Interessenbekundungsverfahren / Trägerauswahl Mobilbauten
TOP 4	Aktueller Stand des Platzausbaus im Kindergartenjahr 2017/2018 & Stand der unversorgten Kinder
TOP 5	Überwiesener Antrag aus der Deputation für Kinder und Bildung vom 19.10.2016: „Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten“
TOP 6	Verschiedenes

Die Vorsitzende Frau Krümpfer lässt sich krankheitsbedingt entschuldigen. Die heutige Sitzungsleitung übernimmt Frau Ahrens. Sie begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

TOP 1 Beschluss der Tagesordnung

Die CDU Fraktion bittet unter Verschiedenes über den Sachstand zu dem heutigen Zeitungsartikel, in dem eine Senatsvorlage mit einer Richtlinienänderung (Aufnahme 21/22 Kind) angekündigt wird, zu berichten.

Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 30.11.2017

Auf Seite 2 unter TOP 3 im ersten Absatz wird folgender Satz aufgenommen, „Die Verwaltung sichert eine Umsetzung zu." Außerdem wird unter Top 4 auf Seite 3 oben die Bitte der CDU-Fraktion wie folgt wiedergegeben: „Die CDU Fraktion bittet darum, dieses Mal eine Befragungsform zu wählen, die vernünftige Rücklaufquoten in sozio-kulturell benachteiligten Gebieten gewährleistet." Mit diesen Änderungen wird das Protokoll einstimmig genehmigt.

TOP 3 Interessenbekundungsverfahren / Trägerauswahl Mobilbauten

Die Verwaltung hat ein Kriterien geleitetes Interessenbekundungsverfahren / Trägerauswahlverfahren durchgeführt. Die Bewerbungsunterlagen der Träger waren aufgrund der knappen zeitlichen Ressourcen kurz gehalten.

Folgende Kriterien waren u.a. ausschlaggebend:

- Pädagogisches Konzept und Qualitätsmanagement
- Finanzkalkulation
- Kooperationsbereitschaft im Stadtteil
- Trägerpluralität

Die Bewerbungsunterlagen des Trägers Diakonische Kindertageseinrichtungen in Bremen gGmbH erfüllten nicht die Anforderungen. In den eingereichten Unterlagen werden Aufnahmekriterien von Kindern genannt, die sich nicht mit den gesetzlichen Regelungen des § 6 BremAOG vereinbaren lassen.

Die Fraktion der CDU bittet die Verwaltung zukünftig bei Unklarheiten in den Bewerbungsunterlagen mit den Trägern vor einer Entscheidung in den Dialog zu treten. Dies sichert die Verwaltung zu.

Die Deputierten bitten darum, dass zukünftig ein gewichteter Kriterienkatalog zur Trägerauswahl im Unterausschuss abgestimmt werden soll. Dieser Katalog wird bei den nächsten Trägervergaben herangezogen.

Die CDU Fraktion erklärt, dass sie bei dem Entscheidungsvorschlag zum Standort „Grundschule Mahndorf“ Bedenken hat. Es wird darauf hingewiesen, dass KiTa Bremen und das DRK KV Bremen in unmittelbarer Nähe einen festen Standort haben. Die Entscheidung für den Träger KiTa Bremen nur aufgrund der Tatsache, dass dieser in der Bewerbung angegeben hat, dass in der bestehenden Kita die Anmeldungen angenommen werden sollen, reicht aus Sicht der CDU-Fraktion nicht aus. Zudem sieht es die CDU-Fraktion nicht als zielführend an, KiTa Bremen 21 Containerstandorte, für die noch Personal einzuwerben ist, mit einer zusätzlichen Interimslösung für 3 Jahre zu beauftragen.

Die Geschäftsführung von KiTa Bremen widerspricht den Anmerkungen der CDU Fraktion.

Die Fraktionen der FDP und die Linke kündigen eine Enthaltung bei der Abstimmung an, da aus ihrer Sicht das Auswahlverfahren intransparent war.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag den Beschluss aufzuteilen und Punkt 1 a) Grundschule Mahndorf getrennt abzustimmen. Dann die Punkte 1b bis 1 f und dann 2.

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Sachstandsbericht zum Thema „Trägerauswahl für sechs Mobilbaustandorte“ zur Kenntnis und beschließt wie folgt:

1. Die Trägerschaft für die Mobilbaustandorte wird wie folgt vergeben:

    a) Grundschule Mahndorf - KiTa Bremen

    - beschlossen mit den Stimmen der SPD und Bündnis90/Die Grünen, gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung die LINKE (beratende Stimme) und FDP (beratende Stimme)

1. b) Schule a. d. Heuen - Hans-Wendt gGmbH

    c) Freiligrathstraße - Deutsches Rote Kreuz Kreisverband Bremen

    d) Langwedeler Straße - Kinderzentren Kunterbunt gGmbH

    e) Theodor-Billroth-Straße - AWO Soziale Dienste gGmbH und

    f) Wilhelm-Kaisen-Oberschule - AWO Soziale Dienste gGmbH

- beschlossen mit den Stimmen der SPD und Bündnis90/Die Grünen, bei Enthaltung von CDU, die LINKE (beratende Stimme) und FDP (beratende Stimme)

2. Die Finanzierung der Standorte erfolgt auf Grundlage der gegenwärtigen Finanzierungssystematik.

- beschlossen mit den Stimmen der SPD und Bündnis90/Die Grünen, bei Enthaltung von CDU, die LINKE (beratende Stimme) und FDP (beratende Stimme)

Die Entscheidung wird an die Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

TOP 4 Aktueller Stand des Platzausbaus im Kindergartenjahr 2017/2018 & Stand der unversorgten Kinder

Die Zahl der noch zu vermittelnden Kinder unterliegt einer hohen Dynamik, Kinder werden erfolgreich vermittelt, Eltern verzichten auf den Rechtsanspruch oder verziehen außerhalb der Stadtgemeinde Bremen etc. Zusätzlich melden einige Eltern Ihren Rechtsanspruch auch zeitverzögert an. Aktuell haben 748 Kinder den Status unversorgt und 953 Kinder geltend im Sinne der oben genannten Statusveränderung als versorgt.

Auf Nachfrage der Fraktion Die Linke, wie der Trend bei den einrichtungsbezogenen Wartelisten sei, berichten die Träger von keinen neuen Erkenntnissen. Beachtet werden muss dabei, dass eine Dopplung von Anmeldungen nicht ausgeschlossen werden kann. Es ist möglich, dass Kinder bei der Senatorin für Kinder und Bildung und/oder in mehreren Einrichtungen geführt werden.

Die Summe der auf Wartelisten geführten Kinder ist nicht maßgebend für die Ausbauplanung 2017 / 2018ff. Entscheidend ist die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes, die alle künftig zu versorgenden Kinder umfasst.

Den Deputierten sind einzelne Fälle bekannt geworden, wo die angemeldeten Kita-Plätze von den Eltern nicht in Anspruch genommen werden. Die Frage ist, ob solche freien Plätze zeitnah neu vergeben werden.

In Fällen von nicht kontinuierlicher Nutzung des Kitaplatzes wird die Einrichtungsleitung in Kontakt treten mit den Erziehungsberechtigen. In solchen Fällen gibt es ein geregeltes Verfahren. Die Geschäftsführung von KiTa Bremen wird dem Unterausschuss exemplarisch Infomaterial zu dem Verfahren zur Verfügung stellen.

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 Überwiesener Antrag aus der Deputation für Kinder und Bildung vom 19.10.2016: „Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten“

Die Deputierten begrüßen den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die Finanzierung einer externen Elternbefragung ist nicht im laufenden Haushalt hinterlegt. Die senatorische Behörde für Kinder und Bildung wird Haushaltsmittel einwerben.

Eine weitere fachliche Debatte wird parallel in der AG nach § 78 stattfinden.

Folgende Änderungen unter „C. Beschlussvorschlag“ werden konsensual vorgenommen:

Unter 1. wird „in der vorliegenden Form“ hinzugefügt. Der Satz lautet folgend:
„Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht „Überwiesener Antrag aus der Deputation für Kinder und Bildung vom 19.10.2016: „Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten““ zur Kenntnis und empfiehlt der Deputation für Kinder und Bildung, den Antrag vom 06.04.2016 der FDP in der vorliegenden Form abzulehnen.

Unter 2., erster Spiegelstrich wird folgender Satz aufgenommen „Die endgültige Fassung des Fragenkataloges wird vorab im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ abgestimmt.“

Unter 2., zweiter Spiegelstrich, erster Satz wird das letzte Wort „durchführen“ gestrichen. Der Satz lautet folgend: „Durchführung und Evaluation in Abstimmung mit den Trägern eines Modellversuchs zur Erprobung flexibler Zeitmuster im KGJ 2018/19.“

Unter 2., dritter Spiegelstrich wird „und aus der Elternbefragung“ hinzugefügt. Folglich heißt der Satz: „Ein Konzept zur Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Modellversuch und aus der Elternbefragung für die künftige Kita-Angebotsplanung vorzulegen.“

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung stimmt einstimmig dem Beschlussvorschlag zu.

TOP 6 Verschiedenes

Sondertermin mit dem Unterausschuss Inklusion

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung stimmt einstimmig für den 15.11.2017 um 14:30 Uhr als Sondertermin mit dem Unterausschuss „Inklusion“ der Deputation für Kinder und Bildung.

Richtlinienänderung

Die Verwaltung erläutert, dass trotz des umfangreichen Ausbauprogramms und der Mobilbaustandorte über alle möglichen Optionen für die Befriedigung der Nachfrage nach Kindertagesbetreuung ergebnisoffen diskutiert werde.

gez.	gez.
Ahrens	Albrecht
Vorsitzende	Protokollant

Anlage

Anwesenheitsliste

Senatorin für Kinder und Bildung
Felix Albrecht 32-11

20.01.2017

Anwesenheitsliste

Unterausschuss der Deputation für Kinder und Bildung „Frühkindliche Bildung“ am 20.01.2017

Nr.	Politik: Name / Unterschrift	Organisation
01	S. Hellis	CDU
02	J. Villinger	FDP
03	Sofia Leonidakis	Fraktion DIE LINKE
04	Ingelore Rosenkötter	Fraktion SPD
05	Anja Goltjar	"
06		
07		
08	**Verwaltung: Name / Unterschrift**	**Organisation**
09	Pietrzok	SKB
10	Bücker	SKB
11	Hubmann-Kentsch	SKB
12	[illegible]	SKB
13	[illegible]	SKB
14		
15		
16	**Ständige Gäste: Name / Unterschrift**	**Organisation**
17	G. Hellmers	Verbund Bremer Kindergruppen
18	H.E. Förster	DPWV / PGSD
19	W. Ballmann	Kita Bremen
20	A. Seelo	ZEV - Bremen
21	Andreas Schulz	GEW + Sprecher AG 78 Soz. Arbeit
22	CARSTEN SCHLEPPER	BEK-LV
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		